Artikel aus der SZ vom 7.5.2024, der auch in der Printausgabe erschienen ist.:

http://sz.de/1.6981655

München und Region, 07.05.2024

Ausstellung über die "Nakba"

Streit um Ausstellung zur Vertreibung von Palästinensern in Israel

Die Stadt München kritisiert die Schau in der Seidlvilla als einseitig und tendenziös. Wissenschaftler halten diese palästinensische Perspektive aber für historisch korrekt und für legitim.

Von Bernd Kastner

Noch bevor sie eröffnet ist, gibt es Streit um eine Ausstellung über die "Nakba". Mit dem arabischen Wort für "Katastrophe" bezeichnen Palästinenser Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Menschen im Zuge der Staatsgründung Israels 1948. Die Ausstellung wird von diesem Dienstag an in der Seidlvilla gezeigt, dem städtischen Kulturzentrum in Schwabing.

Die Stadt München distanziert sich von der Schau, namhafte Wissenschaftler wiederum halten sie für sinnvoll. Die Veranstalter selbst schreiben, die Ausstellung "könnte einen Anstoß bieten, gegenseitige Sichtweisen zu respektieren, sich zu tolerieren und Wege der Verständigung gerade auch in München zu suchen".

In ihrer "Distanzierung" erklärt die Stadt, sie sei "rechtlich dazu verpflichtet, ihre Räumlichkeiten" zur Verfügung zu stellen. Dies bezieht sich auf ein Gerichtsurteil zum sogenannten BDS-Beschluss des Stadtrats. Der sollte verhindern, dass in städtischen Räumen über die Israel-kritische Boykottbewegung BDS diskutiert werde. Propalästinensische Aktivisten klagten dagegen und obsiegten 2022.

Ohne sich explizit auf Ausstellungsinhalte zu beziehen, heißt es in der "Distanzierung" allgemein, dass Israel "Projektionsfläche für eine Vielzahl antisemitischer Motive" sei. Einseitige, verzerrende und "Israel dämonisierende Darstellungen der Entstehungsgeschichte des Staates" könnten dazu beitragen, antisemitische Stimmungen zu befördern.

Die Stadt plädiere "für eine Annäherung der Perspektiven durch einen umfassenden und differenzierten Blick auf die historischen und politischen Hintergründe der Situation im Nahen Osten". Diesem Anspruch werde die Ausstellung "aufgrund ihrer einseitigen und tendenziösen Darstellungen nicht gerecht".

Die Schau ist keineswegs neu. Seit 2008 sei sie laut ihren Machern an rund 170 Orten gezeigt worden, auf mehreren Evangelischen Kirchentagen, im Europaparlament und bei den Vereinten Nationen in Genf. Auch in München war sie zu sehen, beispielsweise vor etwa zehn Jahren in einer Fachoberschule; auch damals gab es öffentliche Kontroversen.

Konzipiert wurde sie vom Verein "Flüchtlingskinder im Libanon", unterstützt vom Evangelischen Entwicklungsdienst und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg. In München fungieren drei Gruppen als Veranstalter in der Seidlvilla: die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, Frauen in Schwarz und Salam Shalom - Arbeitskreis Palästina-Israel. Das Rathaus verweist auf ein Gutachten von Sebastian Voigt vom Institut für Zeitgeschichte. Das Fazit des vierseitigen Papiers aus dem vergangenen Jahr lautet: "Die Ausstellung verschweigt zentrale Ereignisse und vor allem den Judenhass in der arabischen Welt, stellt viele Sachverhalte tendenziös dar und fördert damit eine einseitige Interpretation des äußerst komplexen Nahostkonflikts."

Die Schau verfolge das Ziel, Palästinenser "als bloße Opfer" und Zionisten "als Täter darzustellen". So würden antijüdische Ausschreitungen verschwiegen, die es vor der israelischen Staatsgründung in muslimischen Ländern und im damaligen britischen Mandatsgebiet gegeben habe.

Auch die Darstellung der Abläufe 1947/48 seien "äußerst tendenziös", so Voigt. Es stimme nicht, dass Zionisten die systematische Vertreibung der Palästinenser "schon lange geplant hätten". Die Ausstellung blende zudem aus, dass Israel nach der Gründung von sechs arabischen Staaten überfallen worden sei.

Gegen die Kritik aus dem Rathaus, die Ausstellung könnte antisemitische Ressentiments befördern, wehrt sich Ingrid Rumpf vom Verein "Flüchtlingskinder aus dem Libanon": "Diese Verunglimpfung weisen wir entschieden zurück", schrieb sie an Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD). "Namhafte Personen aus Wissenschaft, Kirchen, Politik und Kultur" unterstützten das Anliegen der Ausstellung. Man wolle Verständnis wecken, heißt es auf der Internetseite des Vereins, für die Anliegen der Palästinenser, "für ihre Hoffnung auf eine selbstbestimmte und gerechte Zukunft".

Eröffnen wird die Ausstellung, die bis 7. Juni läuft, an diesem Dienstag um 19 Uhr von Wolfgang Benz, einer der renommiertesten Antisemitismusforscher. Er verteidigt die Ausstellung als eine Form der Erinnerung: "Sie beschreibt schlicht die historischen Tatsachen." Wäre es anders, würde er, der viele Jahre das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin leitete, nicht die Eröffnungsrede halten. Der Fokus liege auf der Nakba, deshalb müsse nicht die Vertreibung von Juden dargestellt werden.

Zugleich kritisiert Benz die Stadt, selten habe er "eine so erregte Distanzierung" erlebt. Er plädiert dafür, Menschen beides zuzugestehen: Sympathien für Israel und Empathie für palästinensische Frauen, Kinder und für Männer, die keine Terroristen sind.

Stefan Jakob Wimmer, Judaica-Experte der Münchner Staatsbibliothek ist wie wenige andere in München mit den palästinensisch-muslimischen und jüdisch-israelischen Communitys verbunden. Wenn die Ausstellung einseitig sei, dann sei das "das gute Recht" der palästinensischen Seite. Im Israel-Palästina-Konflikt müsse jede Seite ihre Sicht darstellen dürfen.

Bislang gebe es eine "dramatische Schlagseite" in der Öffentlichkeit zugunsten der jüdisch-israelischen Perspektive, der das Rathaus nicht Einseitigkeit vorwerfe. Die Stadt müsse sich fragen lassen, was sie ihrerseits tue, um auch die palästinensische Perspektive sichtbar zu machen.

Bernd Kastner

Bernd Kastner, Jahrgang 1969, ist Reporter im München-Team und beschäftigt sich aktuell vor allem mit Klimaschutz. Nach Volontariat bei der Augsburger Allgemeinen, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Freiburg sowie Stationen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Amnesty International und Verkehrsclub Deutschland in Bonn seit 2001 bei der SZ. Mit Ausnahme von gut vier Jahren im Ressort Innenpolitik immer im Lokalen. Frühere thematische Schwerpunkte waren Wohnen und Mieten, Flüchtlinge und

Asyl, Soziales und Migration. Liebt Gespräche mit Menschen, die sich für Demokratie und Gemeinwohl einsetzen – und sich was trauen.